



critica

extra

Semesterzeitung von Die Linke.SDS // Sonderausgabe Dezember 2008

www.linke-sds.org



Die Systemfrage stellen

Florian Wilde meint, dass die Linke vor einer neuen Epoche von Kämpfen steht. Um die Auswirkungen der Krise zu bekämpfen, darf sie nicht bei Forderungen nach Stabilisierung des Kapitalismus stehen bleiben

Die Welt taumelt in den Abgrund der tiefsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Eine globale Rezession mit ihren Folgen Massenarbeitslosigkeit, sinkende Kaufkraft und soziale Verelendung auch in den Metropolen zeichnet sich deutlich ab. Gleichzeitig stürzt die seit den 80er Jahren dominierende Herrschaftsideologie, der Neoliberalismus, in eine tiefe Krise. Sein Heilsversprechen von steigendem Wohlstand durch Privatisierung, Deregulierung und freie Märkte entpuppt sich vor aller Augen als eine große Lüge. Die Linke an den Unis und in der ganzen Gesellschaft steht vor der Herausforderung einer neuen Epoche von Kämpfen und Auseinandersetzungen mit offenem Ausgang. Sie darf ihre Rolle dabei nicht darauf beschränken, kleinere Korrekturen im Rahmen des Systems zu fordern, sondern sollte diese Krise als Chance begreifen, grundlegende demokratische und sozialistische Alternativen zum Kapitalismus wieder in

der öffentlichen Debatte zu verankern. Die wesentliche Frage in den nächsten Monaten wird sein, wer für die Kosten der Krise zahlen soll. Das Kapital wird versuchen, seine Profite durch eine Abwälzung der Kosten der Krise auf die abhängig und

Prekär Beschäftigte und Arbeitslose sollen jetzt für die Krise zahlen

prekär Beschäftigten und die Arbeitslosen hochzuhalten. Eine für weitere Sozialkürzungen notwendige Verzichtsideologie steht aber vor einem massiven Problem: Mit Verweis auf leere Kassen wurde uns jahrelang alles Mögliche von Sozialabbau bis Studiengebühren zugemutet. Nun zeigt sich: Wenn es um die Interessen der Eliten geht, sind Summen in unvorstellbarer Höhe mobilisierbar. Deswegen stehen aber auch die Chancen nicht schlecht, in vielen Bereichen Widerstand

gegen eine Abwälzung der Kosten der Krise auf uns zu organisieren. Die Logik der Privatisierung der Gewinne und gleichzeitiger Sozialisierung der Verluste kann durchbrochen werden. Die Verursacher und Profiteure der neoliberalen Politik müssen selbst die Kosten ihres Desasters tragen! Mit der ökonomischen Krise geht eine tiefe Krise der herrschenden Ideologie einher. Die gleichen, die viele Jahre lang freie Märkte forderten, reden nun über Verstaatlichungen und Konjunkturpakete. Die Fronten der öffentlichen Auseinandersetzung verschieben sich dramatisch. Die Linke muss hier mit radikalen Demokratisierungsforderungen eingreifen. Denn die Krise der Diktatur der Märkte eröffnet ein Fenster für eine wirtschaftliche Demokratisierung. Offensichtlich war es unverantwortlich, wesentliche Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge dem Irrsinn des Marktes zu überlassen. Sie müssen unter demokratischer

Kontrolle von Beschäftigten, NutzerInnen und Kommunen in Gesellschaftseigentum umgewandelt werden. Gerade jetzt, da die Neoliberalen den Staat für ihre Zwecke entdecken, dürfen wir nicht bei Verstaatlichungsforderungen stehen bleiben, sondern

Die Krise öffnet ein Fenster für Forderungen nach einer demokratischen Wirtschaft

es gilt, weitergehende Forderungen nach radikaler Demokratisierung und Vergesellschaftung von öffentlicher Daseinsvorsorge und Schlüsselindustrien zu entwickeln. Die Tiefe der ideologischen Krise eröffnet für die Linke aber auch in einem seit langen Jahren nicht gekannten Ausmaß die Möglichkeit, grundsätzliche Fragen über das kapitalistische System aufzuwerfen, Alternativen aufzuzeigen und damit potenziell Millionen Menschen zu erreichen. Die Krise ist nicht Ausdruck der Gier

einzelner Kapitalisten, sondern eines Systems, das die Steigerung der Profite in das Zentrum allen wirtschaftlichen Handelns stellt. Diese Profitlogik der Marktwirtschaft gilt es grundsätzlich zu hinterfragen. Das Schicksal der Menschheit darf nicht länger in die Hände eines von privaten Profitinteressen getriebenen Marktes gelegt werden. Es ist Zeit für einen demokratisch-sozialistischen Aufbruch in eine Welt, in der endlich die Bedürfnisse der übergroßen Mehrheit der Menschen im Zentrum stehen, und nicht mehr die Profitinteressen winziger Minderheiten. Finanzminister Steinbrück sagt: Die Welt wird nach der Krise eine andere sein. Es ist auch an uns, dafür zu sorgen, dass sie wenigstens ein Stück weit demokratischer, sozialer, humaner und friedlicher wird als bisher - und dafür, dass ein demokratischer Sozialismus endlich wieder als Systemalternative öffentlich wahrgenommen wird. **Florian Wilde ist Mitglied des Bundesvorstands von Die Linke.SDS**

Eine Million auf der Straße

Mit Demonstrationen, Blockaden und Institutsbesetzungen wehren sich Studierende in Europa gegen Kürzungen im Bildungssystem - und machen klar, dass sie nicht bereit sind, für die Krise zu zahlen

Überall in Europa wehren sich seit der Zuspitzung der Krise Studierende gegen Kürzungen im Bildungssystem. Alle Proteste haben gemeinsam: Studierende wehren sich gegen den marktradikalen Umbau der Hochschulen - und verbinden ihre Proteste mit der Frage, wer für die Krise zahlt. Denn während für Banken Milliardenpakete geschnürt werden, soll die Bildung weiter zusammengestrichen werden. Was in Italien mit den Protesten von Studierenden, Lehrern und Schülern begann, entwickelt sich zu einer breiten Protestbewegung gegen die rechte Berlusconi-Regierung. Landesweit gibt es Demonstrationen,

Blockaden und Besetzungen von Schulen und Fakultäten gegen die marktliberale Umstrukturierung des Bildungsbereichs durch den Bologna-Prozess. Etwa eine Million Menschen protestierten am 30. Oktober, zwei Wochen später gingen erneut eine

Regierungen kürzen bei Bildung und verschenken Milliarden an Banken

halbe Million Menschen in Rom gegen das „Gelmini-Gesetz“ auf die Straße. Das Gesetz sieht vor, 6,4 Milliarden Euro im Bildungssystem zu kürzen und gleichzeitig 133.000 Lehrkräfte und Verwaltungsbeamte in den Staatsschulen zu entlassen. Das Argument für die Kürzung der Bil-

dungsetats sind „leere Kassen“, während der Staat gleichzeitig Milliardenbürgschaften für Banken gibt: In Italien demonstrierten die Studierenden mit dem Slogan „Wir zahlen nicht für ihre Krise“ und schafften es damit, ihr Bündnis auf andere gesellschaftliche Gruppen auszuweiten. Beim nächsten Bildungsstreik im Dezember planen jetzt die Gewerkschaften gleichzeitig Streikaktionen. In Griechenland war die Studierendenbewegung in den letzten Jahren eine der größten in Europa. Nun gehen die Studierenden erneut auf die Straße, um die Privatisierung ihrer Hochschulen zu verhindern. Gleichzeitig wehren sich Beschäftigte gegen Entlassungen. Während eines Generalstreiks Ende Oktober riefen Studierende

und Beschäftigte: „Die Kapitalisten sollen für die Krise zahlen.“ Auch in Spanien demonstrierten am 13. und 20. November Hunderttausende Schüler und Studierende. Während die Regierung

insistiert, dass kein Geld für Bildung oder soziale Sicherungssysteme ausgegeben werden kann, bekommen die Banken 150 Milliarden Euro vom spanischen Staat. **Isaac Salinas Ávila**



Marx' Comeback

Von Saarbrücken bis Konstanz, von Köln bis Berlin: An 31 Hochschulen haben sich Kapital-Lesekreise gegründet. Im nächsten Jahr wollen sie sich bei einer Auswertungskonferenz treffen

Egal ob zu Anfang in Lüneburg mit 45 Gästen oder zuletzt in Köln mit 110, die Theorien von Karl Marx stoßen auf neues Interesse. Insgesamt wollten an 29 Hochschulen 2151 Besucher den bekannten Kapitalismus-Kritiker neu entdecken. An einigen Hochschulen werden Anfang des nächsten Jahres noch weitere Veranstaltungen stattfinden.

Seit Beginn des Wintersemesters 08/09 organisiert Die Linke.SDS an vielen Hochschulen in Deutschland Kapital-Lesekreise. Gemeinsam wird versucht, „Das Kapital“ zu verstehen, zu analysie-

ren und zu kritisieren. „Ich erhoffe mir vom Lesekreis produktive Diskussionen“, sagt Patricia Nitzsche, Studentin an der Humboldt-Uni. „außerdem motiviert mich das gemeinsame Lesen“. Für alle ungeklärten Fragen gibt es im Internet ein Forum mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die das Projekt unterstützen, so zum Beispiel Elmar Altvater, Alex Demirovic, Frank Deppe, Frigga Haug, Sabine Nuss und Michael Heinrich, die den Lesekreisen dort antworten. Die ersten Schritte sind gemacht - die Lesekreise haben sich zusammengefunden.

Sowohl die große Beteiligung, als auch die interdisziplinäre Zusammensetzung ist sehr erfreulich.

Weil die Beteiligung so erstaunlich hoch ist, haben sich die Lesekreise an vielen Hochschulen in zwei oder sogar noch mehr Gruppen aufgeteilt. An der HU Berlin zum Beispiel sind aus den erwarteten zwei Lesekreisen fünf geworden. In Würzburg und Bamberg haben sich die Lesekreise aufgrund der „Nachfrage“ spontan gegründet.

Die Zusammensetzung ist oft sehr bunt und lässt einen interessanten Austausch

bei der Lektüre erwarten. Bemerkenswert ist aber auch die Beteiligung von vielen Nicht-Studierenden: Anwälte (zum Beispiel für Bankenrecht), Arbeitslose, Azubis, Bauarbeiter, Gewerkschafterinnen, zwei Komponisten, junge „Kreative“, interessierte Nicht-Linke, ein Künstler, Schauspielerinnen, Schülerinnen und Schüler, Softwareentwickler, Stadtführer, Web-Designer und viele andere entdecken das Kapital. In den Semesterferien findet eine Auswertungskonferenz statt, bei der alle Lesekreise zusammenkommen. ★

Oskar Stolz und Nele Haas

Info

★ Die Lesekreise sind nach wie vor offen für alle Interessierten. Alle weiteren Infos hier: www.kapital-lesen.de

★ Um die Lesekreise miteinander zu vernetzen, ist die Kapital-Lesebewegung auf Spenden angewiesen: Mehr unter www.kapital-lesen.de



Auftaktveranstaltung an der Humboldt-Universität. In Berlin finden jetzt jeden Tag Lesekreise statt - oft mehrere an einem Tag

Medien von links

Die Linke Medienakademie bietet Debatte, Networking und Weiterbildung für unabhängige Medien

Linke Inhalte haben es schwer, in den Massenmedien Platz zu finden. Gleichzeitig bietet das Internet wachsende Kommunikations- und Organisationsmöglichkeiten.

Wie diese Mittel von links genutzt werden können, wird auf dem LiMA campus am 5. März 2009 in Berlin diskutiert. Die Linke Medienakademie (LiMA) bietet an diesem Tag Diskussionen und Workshops speziell für Jugendliche und Studierende an. Unter anderem spricht dort Zack Exley, der an Obamas Wahlkampf mitgewirkt hat. Die LiMA ist ein Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung und geht zurück auf selbst organisierte Weiterbildungen von ehrenamtlichen Zeitungsmachern aus der ehemaligen PDS. Inzwischen spricht sie Medienmacher weit über die Grenzen der LINKEN hinaus an.

2009 referiert beispielsweise Prof. Bascha

Mika, Chefredakteurin der „taz“, über Gegenöffentlichkeit und Norbert Küpper, führender Zeitungsgestalter in Deutschland und Gründer des European Newspaper Congress, leitet einen Workshop über Zeitungsdesign. ★

6. Linke Medienakademie: Berlin, 6.-8. März 2009 mit über 50 Veranstaltungen
Teilnahmebeitrag: 25 Euro (ermäßigt), 50 Euro (regulär), 100 Euro (Experten), 125 Euro (Förderbeitrag).
LiMA campus: Berlin, 5. März 2009: Ein Tag Workshops und Diskussionen für Menschen unter 35.
Teilnahmebeitrag: 10 Euro, für Teilnehmer der 6. LiMA kostenlos.

Infos und Anmeldung:
www.linke-medienakademie.de
Aktuelles: www.twitter.com/LiMA

Die Linke.SDS

Die Linke.SDS Bundeskongress, 5.-7. 12.:

Die Systemfrage stellen, demokratische Alternativen diskutieren: Mit Workshops zu vier alternativen Wirtschaftskonzepten beginnt der Bundeskongress von Die Linke.SDS vom 5.-7. Dezember in Bochum. Das ganze Wochenende werden die Aktiven des Verbands über die Projekte bis zum Sommer diskutieren. ★

Programm, Info und Diskussionsbeiträge unter: www.linke-sds.org



Mittlerweile gibt es 42 Hochschulgruppen von Die Linke.SDS - auch an Deiner Hochschule: www.linke-sds.org

„40 Jahre 1968 - Die letzte Schlacht gewinnen wir!“:

Unter diesem Slogan fand der größte studentische Kongress im Jahr 2008 zu den Ereignissen von 1968 statt - veranstaltet von Die Linke.SDS und der Linksjugend [solid] im Mai an der Berliner Humboldt-Universität. Leo Panitch, Professor an der Universität Toronto, stellte fest: „Die Aufbruchsstimmung auf dem Kongress erinnert mich an die Zeit, als ich vor genau 40 Jahren in London Proteste an der Uni

organisierte.“ Und obwohl sich die Verhältnisse von 2008 nicht mit denen von 1968 vergleichen lassen, ging vom Kongress das Signal aus, die Theorie mit der Praxis zu verbinden, die Hochschulen mit kritischen Ideen zu erobern und Widerstand gegen neoliberale Politik zu leisten. Im Oktober erschien das Buch zum Kongress. ★ „Die letzte Schlacht gewinnen wir! 40 Jahre 1968 - Bilanz und Perspektiven“, VSA Hamburg (2008), 128 Seiten, 12,80 Euro

Impressum

Critica. Semesterzeitung von Die Linke.SDS (Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband): Sonderausgabe Dezember 2008 in Kooperation mit der Zeitung junge Welt. Anschrift: critica, c/o Linke.SDS, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin. Redaktion: Ole Vincent Guinand, Nele Haas, Hans Krause, Sarah Nagel, Jonas Rest, Erik Richter, Isaac Avila Salinas, Oskar Stolz, Vassiliki Togrouzidou. Layout: Jonas Rest. V.i.S.d.P.: Steffi Graf. Kontakt: info@linkecampus.de, Anzeigen: info@linkecampus.de, www.linke-sds.org

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln
Tel. 0221-448545 | Fax 0221-44 43 05 | mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

 <p>Lotter/Meiners/Treptow Marx-Engels-Lexikon Von Abstraktion bis Zirkulation Hardcover 402 S. EUR 24,90</p>	 <p>Gerhard Feldbauer Geschichte Italiens Vom Risorgimento bis heute Broschur 360 S. EUR 19,90</p>	 <p>Domenico Losurdo Kampf um die Geschichte Der historische Revisionismus und seine Mythen Der historische Revisionismus 2., verb. Aufl. Brosch. 304 S. E 17,90</p>	 <p>Georg Fülberth G Strich - Kleine Geschichte des Kapitalismus 4., erw. Auflage Hardcover 330 S. E 19,90</p>
 <p>Luciano Canfora Eine kurze Geschichte der Demokratie 4., verb. Auflage Hardcover 307 S. E 19,90</p>	<p>Für Anfänger wie für Kenner ein wertvolles Hilfsmittel, um die Werke von Karl Marx und Friedrich Engels zu erschließen. 250 grundlegende Begriffe aus Philosophie, politischer Ökonomie, Politik und Geschichte werden erläutert und mit umfangreichen Textstellen aus den 42 Bänden der MEW versehen. Zusätzlich wird auf weitere diesbezügliche Belegstellen verwiesen. Auf diese Weise wird das selbständige Weiterstudium erleichtert und systematisch gefördert.</p> <p>Gerhard Feldbauer schildert die sozialen und politischen Kämpfe in Italiens neuerer Geschichte. Diese war zunächst davon geprägt, dass der Nationalstaat von einem Bürgertum durchgesetzt wurde, das unter dem Druck einer radikal-demokratischen revolutionären Volksbewegung handelte. Seit Mussolini mündete dies in den Gegensatz von Faschismus und Antifaschismus - über die Resistenza und die Nachkriegszeit bis zum Debakel der linken Mitte und dem erneuten Wahlsieg Berlusconi 2008.</p> <p>Unverzichtbar für die Auseinandersetzung mit den Geschichtsmethoden des historischen Revisionismus und seinen konzeptionellen Grundlagen. Domenico Losurdo belegt, wie Furet, Hillgruber, Nolte, Carl Schmitt und all die anderen den ganzen revolutionären Zyklus von 1789 bis 1917 dämonisieren, den »liberalen Westen« zum Gegenbild erklären und damit auch dessen kolonialistische und rassistische Tradition samt ihrer Radikalisierung im Nazismus leugnen oder beschönigen.</p> <p>Was ist das, worüber alle reden: Kapitalismus? Einer Begriffsklärung, bei der Karl Marx recht gut wegkommt, folgt eine historische Darstellung vom Handelskapitalismus über die industrielle Revolution und den Keynesianismus bis zum Neoliberalismus. Sie schließt auch die Gegenbewegungen ein und mündet in die Frage nach der Endlichkeit dieser Produktionsweise. Georg Fülberths Buch sei »eine gewaltige Wohltat«, so Dietmar Dath in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«.</p> <p>Dieser Epochenüberblick vom antiken Athen bis zur EU hat hohe Wellen geschlagen. Im liberalen und konservativen Mainstream wurde er als Provokation begriffen. Aus gutem Grund, gilt ihm Demokratie doch nicht als Schönwetterfassade für die Herrschaft einer oligarchischen Minderheit, sondern als das, was der Begriff im Wortsinne besagt: Volksherrschaft, die ohne Gleichheit nicht möglich ist. Zur 4. Auflage hat Oskar Lafontaine ein aktuelles Nachwort beigetragen.</p>		

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln
Tel. 0221-448545 | Fax 0221-44 43 05 | mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de

In der Finanzkrise wurde bisher über eine Billion Euro vernichtet. Mehrere Wirtschaftsinstitute erwarten nächstes Jahr eine weltweite Rezession



Wenn Geld vernichtet wird

Solange es Kapitalismus gibt, wird es Krisen geben, meint **Thomas Sablowski**. Eine radikale Kritik des Systems ist dringender denn je

Die gegenwärtige Krise ist keineswegs bloß durch individuelles Fehlverhalten und die Gier der Manager verursacht, wie uns bürgerliche Medien und Politiker weismachen wollen.

Dass Manager ihre soziale Position nutzen, um sich zu bereichern, versteht sich von selbst. Die Rede von der individuellen Verantwortung lenkt jedoch von den strukturellen Krisenursachen ab. Banken sind wie andere Unternehmen unter den Bedingungen der kapitalistischen Konkurrenz bei Strafe des Untergangs gezwungen, ihre Profite zu maximieren. Daraus erklärt sich die exzessive Kreditvergabe, die zur Krise geführt hat. Denn für eine Bank ist normalerweise jeder zusätzlich vergebene Kredit in erster Linie eine Gelegenheit, ihren Profit zu steigern.

Die Manager sind nicht die Ursache der Krise

vorausgesetzt, der Schuldner kann die fälligen Zinsen zahlen und den Kredit tilgen. Und da liegt offenbar das Problem: Zinsen können generell nur aus den Einkommen gezahlt werden, die bei der Produktion von Waren und Dienstleistungen erwirtschaftet werden. Die gegenwärtige Krise wurde durch die plötzliche Zahlungsunfähigkeit von Schuldnern ausgelöst.

Um die Ursachen dafür zu begreifen, genügt es weder, bloß die Verhältnisse im Finanzsektor zu betrachten, noch reicht es, die Krisenursachen nur in der so genannten „Realwirtschaft“ zu suchen (als ob die Finanzsphäre nicht „real“ wäre). Es kommt vielmehr gerade darauf an, das Zusammenspiel der, wie Marx es nennt, Kreisläufe des industriellen Kapitals und des zins-

tragenden Kapitals zu untersuchen. Um die Ursachen der gegenwärtigen Krise zu begreifen, die ihren Ursprung bekanntlich im US-amerikanischen Immobilienmarkt hatte, müssen wir einen Blick auf die vorhergehende Krise werfen.

Krisenursachen

Die Weltwirtschaft wurde in den späten 1990er Jahren sehr stark durch einen Investitionsboom im Bereich der Telekommunikation und des Internet angetrieben. Als jedoch klar wurde, dass die Geschäftsmodelle vieler Internet-Unternehmen keineswegs so profitabel waren wie erhofft, platzte die damalige Spekulationsblase im Frühjahr 2000. Die Aktienkurse brachen ein. Allein in der Telekommunikations- und Internetbranche gingen Hunderttausende Arbeitsplätze verloren.

Kapital wurde in großem Umfang aus dem Aktienmarkt abgezogen und in Hedge Fonds und Private Equity Fonds gesteckt, die mit riskanten Anlagestrategien trotz Krise noch hohe Profite versprachen. Auch in die Immobilienmärkte floss viel Kapital, was zu steigenden Häuserpreisen führte.

Die damalige Krise wurde dadurch gemildert, dass die US-amerikanische Zentralbank die Zinsen drastisch senkte, um die Kreditvergabe zu stimulieren und so den Konsum und die Investitionen zu unterstützen. Dadurch war es außerordentlich attraktiv, sich zu verschulden. Insbesondere im Hypothekenmarkt wuchs die Kreditvergabe sehr stark an. Die Nachfrage nach Häusern wuchs stärker als das Angebot, so dass die Hauspreise weiter stiegen. Hausbesitzer konnten angesichts steigender Hauspreise neue, günstigere Hypotheken aufnehmen und mit diesen Krediten teilwei-

se Konsumausgaben finanzieren. Der Boom der Jahre 2004-2007 war also sehr stark kredit- und konsumgestützt.

Jeder Kredit bedeutet Profit, vorausgesetzt der Schuldner kann zahlen

Im Laufe des Booms gingen die Banken, angetrieben durch die Konkurrenz, zunehmend größere Risiken bei der Kreditvergabe ein. Hypotheken wurden auch an Menschen ohne Ersparnisse, ohne festen Job und ohne ausreichendes Einkommen vergeben. Das Risiko des Zahlungsausfalls war daher in diesem Markt für so genannte Subprime-Hypotheken besonders groß.

Die Risiken erschienen den Banken deshalb handhabbar, weil sie nach der Schuldenkrise der 1980er Jahre neue Instrumente entwickelt hatten, um sich individuell der Kreditrisiken zu entledigen: Die Kredite wurden „verbrieft“, das heißt am Kapitalmarkt an Finanzanleger weiterverkauft. Die Finanzinvestoren, die diese Wertpapiere kauften, erwarben damit Ansprüche auf Zinszahlungen aus den ihnen zugrunde liegenden Kreditverhältnissen, übernahmen damit aber auch die Risiken des Zahlungsausfalls. Die Kreditrisiken, die die Hypothekenbanken ursprünglich eingegangen waren, verschwanden nicht, sie wurden nur anders verteilt. In dem Maße, in dem von den zugrunde liegenden Kreditverhältnissen durch die Konstruktion von Kreditderivaten eine Vielzahl weiterer Eigentumsansprüche auf zukünftige Zahlungen abgeleitet wurde, stieg das systemische Risiko sogar an.

Als im Laufe des Booms die Zinsen stiegen, wurden viele Hypothekennehmer im

„Subprime“-Markt, die Kreditverträge mit flexiblen Zinsen hatten, zahlungsunfähig. Es kam zu massenhaften Zwangsvollstreckungen, das heißt die Schuldner mussten ihre Häuser räumen und die Gläubiger versuchten, die Häuser zu verkaufen, um liquide zu bleiben. Dadurch sanken nun die Häuserpreise und es entwickelte sich ein Teufelskreis.

Viele hypothekenbesicherte Wertpapiere wurden wertlos, weil die Zahlungen, die sie versprochen, ausblieben. Die Banken begannen, sich wechselseitig zu misstrauen, weil sie nicht abschätzen konnten, inwieweit ihre Geschäftspartner aufgrund der Krise selbst in Zahlungsschwierigkeiten geraten könnten.

Dies wurde noch dadurch verstärkt, dass die Banken in großem Umfang besondere „Zweckgesellschaften“ gegründet hatten, um Verbindlichkeiten außerhalb ihrer eigenen Bilanzen zu verstecken. Schließlich waren die Banken nicht mehr bereit, sich wechselseitig Kredite zu geben. Der Interbankenmarkt oder Geldmarkt, das Herzstück des kapitalistischen Kreditsystems, brach zusammen.

Die Zentralbanken als „lender of last resort“ sprangen ein, indem sie den Banken kurzfristig enorme Summen an Geld zur Verfügung stellten, um Bankenzusammenbrüche abzuwenden und eine allgemeine Kreditklemme zu verhindern. Doch die Geldpolitik ist an ihre Grenzen geraten. Auch Zinssenkungen konnten die Zuspitzung der Krise nicht verhindern.

Die Krise blieb nicht auf den Finanzsektor beschränkt, sondern entwickelte sich zu einer allgemeinen Wirtschaftskrise. Aufgrund der engen Verflechtungen zwischen den USA und anderen Teilen der Weltwirtschaft hat sich die Krise zu einer globalen Krise entwickelt.

Die Politik der Krise

Krisen sind im Kapitalismus keine zufällige, sondern eine immer wiederkehrende Erscheinung. So lange wir in einer Gesellschaft leben, die von der kapitalistischen Produktionsweise beherrscht wird, lassen sich Krisen nicht verhindern. Die Politik kann nur die Form beeinflussen, die Krisen annehmen.

Die Art und Weise, wie eine Krise gelöst wird, schafft bereits die Keime für die nächste Krise. Maßstab der Forderungen der Linken müssen die Bedürfnisse der beherrschten Klassen sein und nicht Erwägungen, wie das kapitalistische System zu stabilisieren ist.

Der Kampf der Linken muss zunächst dar-

Die Politik kann nur die Form beeinflussen, die Krisen annehmen

auf zielen, zu verhindern, dass die Kosten der Krise auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden. Es gilt, Massenentlassungen zu verhindern, Tarifforderungen trotz des Drucks der Krise durchzusetzen, weitere Privatisierungen und Sozialkürzungen abzuwehren.

Eine Position, die die Bedürfnisse der beherrschten Klassen unabhängig von den Reproduktionserfordernissen des Kapitals stark macht, lässt sich jedoch nur durchhalten, wenn sie mit dem Kampf für die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und für eine sozialistische Alternative verbunden wird. Die Bedingungen für eine radikale Kapitalismuskritik sind gegenwärtig jedenfalls so gut wie schon seit langem nicht mehr. ★ **Thomas Sablowski ist Sozialwissenschaftler an der Universität Wien.**

LIMA

NETZE KNÜPFEN

6. Akademie
5. – 8. März 2009
Berlin

Neu: LIMA campus am 5. März für junge Medienmenschen – mit Zack Exley, Peter Unfried u.v.a.

www.linke-medienakademie.de

Jörn Schütrumpf (Hrsg.)

Jenny Marx oder:
Die Suche nach dem aufrechten Gang

In den vergangenen zweihundert Jahren haben viele Gefährtinnen linker Politiker für ihre Liebe einen hohen Preis bezahlt. Am Anfang dieses grausamen Kapitels aus Exil und Elend, Verrat und Tod stand eine Frau, die zumeist nur als die Gattin einer Jahrhundertgestalt wahrgenommen wird: Jenny Marx.

144 Seiten, Broschur, mit 11 Abb., 6,90 Euro, ISBN 978-3-320-02147-4

www.dietzberlin.de

dietz berlin

Wir fördern studentische Aktionen – ideell und materiell.

Jetzt Mitglied werden!

www.foerdererkreis.de

foerdererkreis demokratischer volks- und hochschulbildung e.v.

Elmar Altvater

Elmar Altvater ist ehemaliger Professor an der FU Berlin und u.a. Autor von „Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen“ (Westfälisches Dampfboot, 2007).



Eine antikapitalistische Ökonomie erfindet man nicht, sie entsteht in sozialen Kämpfen. Daran sind, sofern sie Erfolge zeigen sollen, sehr viele Menschen beteiligt – mit all ihren Utopien, Sehnsüchten, intellektuellen Streitigkeiten, mit ihrer Experimentierfreude, den Hoffnungen und Frustrationen. In den sozialen Auseinandersetzungen zeigt sich dann, wie alternative Formen der gesellschaftlichen Organisation des Wirtschaftens und der gesellschaftlichen Kommunikation gefunden werden können.

Selbstverständlich werden dabei historische Erfahrungen berücksichtigt werden müssen. Es ist die Verantwortung von kritischen Intellektuellen, diese in die Auseinandersetzungen um die gesellschaftliche Gestaltung einzubringen.

Dazu gehören auch die praktischen Erfahrungen mit der Planung im „real existierenden Sozialismus“ und die Debatten, die darum geführt wurden und immer noch werden.

Auch kapitalistische Unternehmen planen, die großen transnational operierenden Unternehmen sogar mit globaler Reichweite. Das ist Planung im Interesse des Kapitals, nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung. Die Konzernplanung bleibt im Übrigen an

Unternehmen planen im Interesse des Kapitals, nicht für die Bevölkerung

den Marktmechanismus gebunden. Diese gehorchte bis zum Ausbruch der Finanzkrise vor allem den Imperativen der globalen Finanzmärkte. Spätestens die Finanzkrise und die davon ausgelöste Wirtschaftskrise zeigen, wie spekulativ, zerstörerisch und rücksichtslos auf gesellschaftliche Kosten zur Steigerung von Profiten und Renditen geplant wird – und wie ineffizient die kapitalistische Planung der transnational operierenden Konzerne ist. Denn in der Marktwirtschaft treten mikroökonomische Einheiten (Unternehmen) in geldvermittelten Austausch. Für das Resultat des Marktmechanismus kann niemand verantwortlich gemacht werden.

Die systemische Verantwortungslosigkeit in der Marktwirtschaft ist einerseits entlastend. Doch die Verantwortungslosigkeit hat einen Preis: Weder werden soziale noch ökologische Belange ausreichend berücksich-

sichtigt. Das ist in einer Planwirtschaft anders. Es gibt für alle Fehler klar definierbare verantwortliche politische Instanzen.

Planung kann nicht vollständig an die Stelle des Marktes treten

Eine Planung zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen kann gar nicht mit den Bedürfnissen kalkulieren. Es wäre viel zu kompliziert, sie zu erheben, zu bürokratisch, sie abzuwägen und viel zu autoritär, die Richtungen der Entwicklung zu bestimmen. Also kann die Planung nur eine Rahmenplanung sein. Planung ist also nicht obligatorisch sondern indikativ. Sie kann daher auch nicht vollständig an die Stelle des Marktes treten. Dieser muss auch weiterhin genutzt werden, um individuelle Befriedigung von Bedürfnissen in angemessener Zeit zu ermöglichen.

Bedeutet dies, dass die Logik der Warenproduktion dominant bleibt, dass auch im Sozialismus das Wertgesetz gilt? Die Debatte darum wurde auch in den Indus-

trielländern bis zur neoliberalen Wende in den 1970er Jahren geführt: im Zusammenhang der „planification française“ oder der „programmazione“ in Italien. In vielen Entwicklungsländern, vor allem in Lateinamerika, ging man davon aus, dass Entwicklung am ehesten durch staatliche Planung herbeigeführt werden könnte, der Staat galt als „Entwicklungsstaat“.

Tatsächlich waren die Wachstumsraten (wenn man diese als Erfolgsindikatoren nimmt) sehr hoch. Aber den Markt gab es neben der Planung auch.

Viele kleine Einheiten würden sich nicht in globale Planung integrieren lassen

Regeln ihr ökonomisches Handeln zu planen. Sie werden sich dafür immer wieder Legitimität verschaffen müssen.

Gleichzeitig gibt es viele kleine Einheiten in vielen Weltregionen, denen man zwar einen gemeinsamen Namen geben kann, etwa den der „solidarischen Ökonomie“, die aber dennoch höchst verschieden

” In sozialen Auseinandersetzungen wird sich zeigen, wie alternative Formen des Wirtschaftens aussehen

zentralisierenden Charakters erschweren oder gar unterbinden. Man kann es auch anders ausdrücken: Planung war etwas für das fordistische System der großen Industrie. Planung wird von den großen transnationalen Konzernen auch heute angewandt, um ihre Macht zu steigern. Für eine Vielzahl von vernetzten kleineren und mittleren Unternehmen in genossenschaftlicher Organisation ist zentrale Planung ungeeignet, die immer die Gefahr in sich trägt, dass der Staat als das Subjekt zentraler Planung eine autoritäre Ordnung erzwingt, noch dazu auf globaler Ebene. Ein demokratischer Staat im globalen Raum kann nur im Plural existieren, und zu einer indikativen Rahmenplanung müssen sich die genossenschaftlichen Einheiten immer wieder demokratisch kommunikativ verständigen.

Überschussproduktion darf nicht auf Kosten der Natur erfolgen

Konflikt mit einem Grundprinzip eines modernen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“: mit dem der ökologischen Nachhaltigkeit. Überschussproduktion darf nicht auf Kosten der Natur und damit auf Kosten späterer Generationen erfolgen.

Apropos Natur. In der Natur gibt es keine zentral geplanten Prozesse, sondern nur

sind und sich in ein System globaler Planung nicht integrieren lassen würden. Zu Recht, denn dieses würde die solidarisch-genossenschaftlichen und demokratischen Organisationsformen der Wirtschaft wegen seines zentralen und

Planung war etwas für das fordistische System der großen Industrie

zentralisierenden Charakters erschweren oder gar unterbinden.

Man kann es auch anders ausdrücken: Planung war etwas für das fordistische System der großen Industrie. Planung wird von den großen transnationalen Konzernen auch heute angewandt, um ihre Macht zu steigern. Für eine Vielzahl von vernetzten kleineren und mittleren Unternehmen in genossenschaftlicher Organisation ist zentrale Planung ungeeignet, die immer die Gefahr in sich trägt, dass der Staat als das Subjekt zentraler Planung eine autoritäre Ordnung erzwingt, noch dazu auf globaler Ebene. Ein demokratischer Staat im globalen Raum kann nur im Plural existieren, und zu einer indikativen Rahmenplanung müssen sich die genossenschaftlichen Einheiten immer wieder demokratisch kommunikativ verständigen.

Prozess der Entscheidungsfindung. Dieser Prozess müsste über eigenständig organisierte Produzenten und Konsumenten ablaufen, die innerhalb eines von gewähl-

ten, repräsentativen Versammlungen festgelegten Rahmens handeln. Altvater scheint die Möglichkeit einer solchen echten Planung zu bestreiten, da sie die Abschaffung jedes Mangels voraussetzt, was wiederum ein höheres Maß an Umweltzerstörung zur Folge hätte. Er verkompliziert das Bild noch, indem er sich auf die Tendenz physischer und biologischer Systeme, nach dem Prinzip der Redundanz zu operieren, als ein Modell für gesellschaftliche Organisation bezieht. Marx hat immer wieder davor

Investitionen zu steuern, fordert nicht die Logik der Konkurrenz heraus

gewarnt, natürliche und soziale Prozesse anzuleihen. In jedem Falle erfordert wirkliche Planung kein absolutes Übermaß. Ihr Ziel sollte sein, für jeden einen gewissen Standard materieller Existenz sicherzustellen. Dieser Standard kann nur politisch definiert werden, durch den Prozess der Planung selbst. Altvater suggeriert, dass es Bedürfnisse gäbe, die nur der Markt in der Lage sei festzustellen. Doch auf dem Markt zählen nur geldvermittelte Bedürfnisse. Die angemessene Befriedigung von Bedürfnissen muss jedoch innerhalb demokratischer

Sicherheit ist durchaus in Reichweite, sobald Ressourcen neu verteilt werden: Statt in Rüstung, Finanzspekulation und Energie-

gewarnt, natürliche und soziale Prozesse anzuleihen. In jedem Falle erfordert wirkliche Planung kein absolutes Übermaß. Ihr Ziel sollte sein, für jeden einen gewissen Standard materieller Existenz sicherzustellen. Dieser Standard kann nur politisch definiert werden, durch den Prozess der Planung selbst. Altvater suggeriert, dass es Bedürfnisse gäbe, die nur der Markt in der Lage sei festzustellen. Doch auf dem Markt zählen nur geldvermittelte Bedürfnisse. Die angemessene Befriedigung von Bedürfnissen muss jedoch innerhalb demokratischer

Eine Alternative erfordert die demokratische Verteilung von Ressourcen

Strukturen ausgehandelt werden. Das Ziel der allgemeinen sozialen und ökologischen

Sicherheit ist durchaus in Reichweite, sobald Ressourcen neu verteilt werden: Statt in Rüstung, Finanzspekulation und Energie-

CO2-neutrale Technologien könnten massiv gefördert werden

konzerne zu investieren, könnten massive Ressourcen zur Förderung CO2-neutraler Technologien eingesetzt werden.

In einer Zeit, in der die offizielle Antwort der Politik auf die Wirtschaftskrise die Grenzen des gesellschaftlich Möglichen verschiebt, sollten wir nicht davor zurückschrecken, uns eine andere Welt vorzustellen. Wie diese Welt aussehen wird, wird natürlich von zukünftigen Bewegungen und Kämpfen bestimmt und überschreitet daher unsere Vorstellungskraft. Aber wir sollten beginnen, indem wir unsere Ziele hoch ansetzen.

Planung statt

Die Krise wirft Fragen nach Alternativen zum fi
Altvater und Alex Callinicos debattieren in c
funktionieren könnte – und ob demokratische F



Alex Callinicos antwortet Elmar Altvater

Das von Elmar Altvater her vorgebrachte Argument, dass Planung nur in einer fordistischen Wirtschaft der Massenproduktion sinnvoll ist, ist verwunderlich.

Marx selbst hat seine Konzeption des Kommunismus als Selbstverwaltung assoziierter Produzenten im Zeitalter des Viktorianischen Kapitalismus entwickelt. In dieser Zeit waren einzelne Unternehmen und Arbeitsstätten wesentlich kleiner als während der Ära des Fordismus (etwa 1920er bis 1980er Jahre). Aus Marx' Konzeption folgt, dass Planung relativ kleine und dezentralisierte Produktionseinheiten umfassen kann. Hiergegen liefert Altvater kein grundsätzliches Argument.

Etwas unklar ist ferner Altvaters Idee, dass „das ‚Wertgesetz‘ der Warenproduktion und zentrale, indikative Planung (...) durchaus verträglich“ seien. Wie das Adjektiv „indikativ“ nahelegt, bezieht er sich hierbei

auf den Versuch verschiedener kapitalistischer Staaten in der Nachkriegszeit, private Investitionen zu steuern. Natürlich hat diese Art der Planung nicht die Logik der konkurrenzgesteuerten Akkumulation herausgefordert. Aus eben diesem Grund konnte indikative Planung diese Ökonomien nicht davor bewahren, in die Krise zu schlittern, mit der Ende der 1960er Jahre ein neues Zeitalter begann, dem wir – wie die Finanzkrise zeigt – bei Weitem nicht entkommen sind. Was wir wollen, ist eine Alternative zu dieser Logik.

Wie mein erster Artikel argumentiert,

Nach Marx kann Planung auch kleine Produktionseinheiten umfassen

erfordert diese Alternative die Verteilung von Ressourcen in einem demokratischen

Markt?

finanzgetriebenen Kapitalismus auf. **Elmar Altvater**, *critica*, wie eine antikapitalistische Ökonomie Planung den Markt ersetzen kann



Foto: Andrea D'Elia

Arbeiter übernahmen 2001 in Buenos Aires eine stillgelegte Autofabrik und entschieden demokratisch über die Produktion. Das Bild ist ein Ausschnitt aus der Dokumentation „The Take“ von Avi Lewis.

Alex Callinicos

Alex Callinicos ist Professor am King's College in London. Er ist u.a. Autor von „Ein Anti-Kapitalistisches Manifest“ (VSA-Verlag, 2004).



Das erste, was an Planung zu betonen ist, ist ihre Notwendigkeit. Die hochkomplexe, eng verflochtene und transnationale Ökonomie, die der Kapitalismus hervorgerufen hat, könnte nicht ohne bewusste Koordinationsprozesse funktionieren. Das Problem ist aber, dass diese Prozesse im Kapitalismus der Logik der Ausbeutung, Konkurrenz und Akkumulation unterworfen sind, und dadurch verzerrt werden.

Zum Beispiel muss jedes Unternehmen in dem Sinne „planen“, dass es Ressourcen entsprechend eines Zeitplans auf verschiedene Aktivitäten verteilen muss, um bestimmte Ziele zu erreichen. Aber sowohl diese Ziele, als auch die Möglichkeiten, sie zu erreichen, sind bestimmt von einer äußeren Umgebung, die durch den Konkurrenzkampf zwischen rivalisierenden Unternehmen und Staaten gekennzeichnet ist. Im Kapitalismus ist „Planung“ kein selbstbestimmter Prozess. Wie der ungarische Marxist Georg Lukács vor langer Zeit festgestellt hat, existiert ein hoher Grad von Rationalität in der Organisation einzelner Firmen neben der Irrationalität eines von blinder Konkurrenz gesteuerten Akkumulationsprozesses.

Zweitens ist es essenziell zu verstehen, dass Planung immer wichtiger wird. Um eine Klimakatastrophe zu verhindern, ist eine massive Reduktion der CO₂-Ausstöße notwendig, die eine Umverteilung von Ressourcen auf globaler Ebene erfordert. Momentan

Im Kapitalismus ist Planung der Logik der Konkurrenz unterworfen

steigen Emissionen weiter an, da es in der anarchischen Logik des Kapitals nicht im Interesse einzelner Einheiten – seien es Unternehmen oder Staaten – liegt, ihre Konkurrenzfähigkeit einzuschränken, indem sie die zusätzlichen Kosten übernehmen, die notwendig sind, um zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft zu gelangen.

Planung ist also notwendig. Aber wie können wir dieses Ziel erreichen? Diese Frage ist umso dringlicher angesichts des desaströsen Beispiels der bürokratischen Kommandowirtschaften des Stalinismus. Allerdings waren diese Ökonomien, wie westliche Unternehmen, nicht wirkliche demokratisch geplante Ökonomien. Zwar war die Verteilung von Ressourcen hochzentralisiert, aber die Prioritäten, die dabei gesetzt wurden, waren von außen auferlegt, vor allem durch die Notwendigkeit, eine

militärische Macht aufzubauen und aufrechtzuerhalten, die es mit den westlichen Rivalen aufnehmen konnte.

Diese Erfahrungen lehren, dass Planung, um effektiv zu sein, die gesamte Wirtschaft umfassen muss – angesichts des internationalen Charakters des Kapitalismus bedeutet dies, dass sie sich auf die gesamte Weltwirtschaft ausdehnen muss. Das ist selbstverständlich ein ehrgeiziger Anspruch, der nur in einem langen Prozess der sozialen und politischen Transformation erfüllt werden kann. Aber: Wie das Beispiel Klimawandel unterstreicht, ist er deshalb nicht weniger notwendig.

Planung in ihrer gegenwärtigen Form ist einerseits problematisch, da sie sich nur auf einzelne Teile der Wirtschaft erstreckt, und andererseits weil sie undemokratisch ist. Letztendlich ist die Verteilung von Ressourcen im Kapitalismus das unbeabsichtigte Ergebnis eines blinden Prozesses der konkurrenzgesteuerten Akkumulation, der von einer kleinen Oligarchie von Konzern- und Bankmanagern und Spitzenpolitikern gesteuert wird. Marx definierte die sozialistische Revolution als die Selbstemanzipation der Arbeiterklasse – als

werden. Viele Entscheidungen könnten auf regionaler oder nationaler Ebene getroffen werden. Aber solche Versammlungen wären auch auf transnationaler (einschließlich der globalen) Ebene von Nöten. Dies ist nicht nur eine dem System der Planung innewohnende Anforderung. In den letzten Jahren gab es einerseits mehr und

Viele Entscheidungen könnten auf dezentraler Ebene getroffen werden

mehr Diskussionen um die Notwendigkeit, Formen von „global governance“ zu entwickeln, sowie andererseits um den absolut unrepräsentativen Charakter der existierenden transnationalen Institutionen. Eine demokratisch geplante Wirtschaft würde daher mehrere Schichten des demokratischen Prozesses der Entscheidungsfindung beinhalten, von der Ebene des Arbeitsplatzes oder der Nachbarschaft bis hin zum globalen Level.

Würde eine solche Organisationsform jeglichen Konflikt beseitigen? Nein. Die Menschen hätten weiterhin in allen möglichen

„ In der anarchischen Logik des Kapitals ist es falsch, den CO₂-Ausstoß zu senken

einen Prozess der Selbstbefreiung. Daher muss eine sozialistische Wirtschaft eine Wirtschaft der Selbstverwaltung sein. Der Prozess der Entscheidungsfindung muss von unten ausgehen, nicht von oben.

Wie könnte also eine demokratisch geplante Wirtschaft aussehen? In den letzten Jahren haben vor allem Michael Albert (ZNet) in den Vereinigten Staaten und der britische Marxist Pat Devine den Versuch unternommen, konkrete Modelle der Planung zu entwickeln. Beide legen großen Wert auf das Prinzip, nach dem wirtschaftliche Entscheidungen so weit wie möglich bei denen liegen, die direkt von ihnen betroffen sind. Eine demokratisch geplante Wirtschaft würde daher einen hohen Grad von Dezentralisierung bedeuten. Die Basiseinheiten wären lokale Produzenten- und Konsumentenräte und die Verteilung von Ressourcen wäre in hohem Maße das Ergebnis von Verhandlungen zwischen diesen Räten.

Aber Planung könnte nicht ausschließlich auf dieser hoch-dezentralisierten Ebene stattfinden. Der Kapitalismus hat enge globale Netze der gegenseitigen Abhängigkeit hervorgebracht. Manche davon mögen unnötig sein, viele sind es jedoch nicht. In manchen Fällen könnten sich horizontale Verknüpfungen dessen, was Pat Devine „ausgehandelte Koordination“ nennt, über ganze Regionen, Nationen oder sogar Kontinente ausdehnen. Dennoch müsste ein übergeordneter Rahmen, innerhalb dessen diese Prozesse stattfinden, von Versammlungen demokratisch gewählter Delegierter festgelegt

Fragen verschiedene Meinungen, Bedürfnisse und Ideale, sowie unterschiedliche Vorstellungen davon, wie sie gemeinsame Ziele erreichen können. Zudem könnten sich aus den spezifischen Ressourcen und den geographischen Bedingungen verschiedener Regionen unterschiedliche materielle Interessen ergeben.

Aber es ist durchaus angemessen zu hoffen, dass die daraus resultierenden Konflikte weniger intensiv wären als im Kapitalismus – nicht, weil die Menschen im Sozialismus zu Engeln werden, sondern weil eine demokratisch geplante Wirtschaft jedem einzelnen ein grundsätzliches Level an materieller Sicherheit geben würde.

Selbst politische Auseinandersetzungen, die eine eigene Dynamik entwickeln, beziehen im Kapitalismus ihre Intensität aus der Tatsache, dass den meisten Menschen ein solches Maß an Sicherheit fehlt. In einer demokratisch geplanten Wirtschaft könnte ein grundsätzliches Niveau sozialer Sicherheit erreicht werden, indem jeder Erwachsene mit einem direkten Einkommen versorgt wird, das eine angemessene Existenz unabhängig vom Arbeitsmarkt erlaubt.

Das alles klingt vielleicht nach einer unrealistischen Traumvorstellung. Aber wir sollten nicht vergessen, dass noch vor ein paar Monaten die Verstaatlichung großer Banken genauso phantastisch geklungen hätte. Eines der Merkmale von schweren Krisen wie der jetzigen ist, dass sie den Horizont dessen, was möglich ist, erweitern. Die Linke muss sich dieser Herausforderung stellen.

Elmar Altvater antwortet Alex Callinicos

Alex Callinicos' Feststellung ist richtig. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft ist Planung eine Notwendigkeit.

Jedes Unternehmen muss planen. Doch dies bedeutet nicht, dass auch der gesellschaftliche Produktionsprozess bewusst gesellschaftlich kontrolliert, reguliert, geplant wird. So bemerkt Marx, dass das Bürgertum „die manufakturmäßige Teilung der Arbeit ... als eine Organisation der Arbeit feiert, welche ihre Produktivkraft steigere“ – gleichzeitig jedoch „jede bewusste gesellschaftliche Kontrolle und Regelung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses als einen Eingriff in die unverletzlichen Eigentumsrechte, Freiheit und sich selbst bestimmende ‚Genialität‘ des individuellen Kapitalisten“ denunziert.

Es ist auch richtig, dass wir Regeln, Leitlinien und Leitplanken zum Schutz der Arbeit und zum Schutz der Natur brauchen. Denn

der „entbettete Markt“, so kritisiert Karl Polanyi, wirkt wie eine Teufelsmühle, wenn man ihr nicht „Sand ins Getriebe“ streut. Doch dies hat mit Planung wenig zu tun. Planung gibt es erst, wenn makroökonomische Zielsetzungen festgelegt und die Methoden vereinbart werden, mit denen sie in Zeit und Raum erreicht werden sollen und können. Wie kann das geschehen? Alex Callinicos kritisiert zu Recht die Planung im autoritären Stalinismus. Doch die Planungssysteme im real existierenden Sozialismus haben nicht immer auf einen autoritären Zentralismus gesetzt.

Es gab immer Versuche, eine dezentrale, indikative, „lockere“ Planung zu realisieren. In der DDR brach die Debatte um eine Dezentralisierung und Demokratisierung der zentralen Planung in den fünfziger Jahren hervor. Es beteiligten sich daran Ökonomen wie Fritz Behrens oder Arne Benary, ein Jahrzehnt vor der breiten Debatte

um ein „neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“. Besonders wichtig aber sind die Diskussionen um eine demokratische Planung in einem demokratischen Sozialismus in der Tschechoslowakei während des „Prager Frühlings“ vor 1968.

Alle diese Versuche waren darauf gerichtet, Planung demokratisch durch „Bürgerbeteiligung“ zu gestalten, sie also aus der autoritären Verfügung der „monopolsozialistischen“ Bürokratie zu befreien und einen modus vivendi zwischen Plansystem einerseits und „Wertgesetz im Sozialismus“ andererseits zu finden.

Wie wir wissen, sind diese Ansätze gescheitert. Die Gründe sind vielfältig. Sie reichen von den Einflüssen des weltgesellschaftlichen und internationalen Umfelds während des kalten Krieges bis zum Beharrungsvermögen der Parteibürokratie, die sich die Verfügung über Wirtschaft und

Staat nicht entreißen lassen wollte. Im Vergleich zu diesen historischen Erfahrungen sind die Überlegungen von Michel Albert eher kleinteilig und naiv. Sie gehen

Zentrale Planung trägt die Gefahr eines autoritären Staates in sich

über den Kapitalismus nicht hinaus, sondern setzen ihm lediglich abstrakte Modelle gegenüber, so als ob man sich diese auswählen könnte. Besonders fatal ist dabei, dass das Geld und die Finanzsphäre so gut wie keine Rolle in den Alternativüberlegungen spielen. Doch zeigt gerade die Finanzkrise, wie bedeutsam finanzielle Instabilitäten sind, und dass selbst mikroökonomische Planung scheitert, wenn die Finanzkrise ausbricht. Die Plandebatte beginnt also mit Überlegungen über die Regulation der Fi-

nanzmärkte. Sie darf nur nicht dort enden, sondern muss darüber hinausgehen.

Ob eine Planung für die gesamte Weltwirtschaft möglich und sinnvoll ist, kann also bezweifelt werden. Die Befürchtung ist nicht unrealistisch, dass internationale Planung einen autoritären Staat hervorbringt, der alle Versuche einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung in einer sozialistischen Ökonomie, die Alex Callinicos vor Augen hat, unterbindet.

Infolgedessen stellt sich tatsächlich die Frage, ob nicht eine solidarische, genossenschaftliche Ökonomie, die sich einen politischen Rahmen gibt und einen indikativen Rahmenplan erstellt, und doch die gesellschaftliche Arbeitsteilung großteils mithilfe des Marktmechanismus organisiert, eine aussichtsreichere Variante der gesellschaftlichen Planung in der globalisierten Weltwirtschaft sein kann als ein weltwirtschaftlich geplanter Sozialismus.



„Ursprünglich ging es in Afghanistan um die Kontrolle einer geostrategisch wichtigen Region, jetzt geht es um das Überleben der NATO“

Interview

„In Europa drohen neue Kriege“

Die NATO könnte ihren Krieg in Afghanistan verlieren. Trotzdem schickt sie immer mehr Soldaten in die ganze Welt. *Critica* sprach mit **Claudia Haydt** über die neue Rolle der NATO



Ein US-Soldat trainiert bei einer gemeinsamen Übung mit dem deutschen Maschinengewehr MG3 von Rheinmetall

Die NATO war bis 1991 das Gegenstück zum Warschauer Pakt. Warum gibt es sie heute noch? Die NATO hat sich vom Verteidigungs- zum Kriegsbandnis gewandelt und ist ein Werkzeug der USA und EU zum Durchsetzen politischer und wirtschaftlicher Interessen geworden. Der entscheidende Schritt war der Krieg gegen Jugoslawien 1999, als die NATO angriff, ohne dass eines ihrer Mitglieder bedroht wurde. Nach dem 11. September 2001 hat die NATO das Feindbild „Sowjetunion“ durch das Feindbild „Islam“ ersetzt und Krieg in Afghanistan und Irak geführt.

Heute grenzt die NATO mit Lettland und Estland direkt an Russland. Welchen Zweck hat die Osterweiterung? Die Osterweiterung soll vor allem Russlands Einfluss in den rohstoffreichen Regionen Zentralasiens eindämmen. Doch je weiter Russland in die Defensive gedrängt wird, desto aggressiver reagiert die russische Regierung und desto mehr unterstützt sie die russische Bevölkerung. Das zeigt auch der Angriff auf Georgien, das bald der NATO beitreten wird. Die Osterweiterung

ist der gefährlichste Sprengstoff Europas und kann zu neuen Kriegen führen. **Bundeskanzlerin Merkel bezeichnet den Krieg in Afghanistan als Prüfstein, der über „Erfolg und Akzeptanz“ der NATO entscheidet. Was will die NATO in Afghanistan erreichen?** Hier finde ich es wichtig zu unterscheiden, was die NATO dort ursprünglich wollte und um was es heute geht.

Die NATO-Osterweiterung ist der gefährlichste politische Sprengstoff in Europa

Anfangs ging es um die Kontrolle des Westens in einer geostrategisch wichtigen Region, die den Zugang zu Rohstoffen bedeutet und in unmittelbarer Nähe zu China und Russland liegt, deren Einfluss dort minimiert werden sollte. Heute geht es um das Überleben der NATO. Die NATO will um jeden Preis eine Niederlage verhindern. Der Krieg ist außer Kontrolle geraten, der Widerstand in der afghanischen Bevölkerung wächst. Ein Ende

des Krieges ist nicht in Sicht, obwohl die NATO-Staaten militärisch gut ausgestattet sind. Für die NATO würde eine Niederlage bedeuten, dass sie - wenn sie an dem Konflikt nicht völlig zerbricht - bestenfalls massiv an politischem Gewicht verlieren würde. Für viele Politiker in den NATO-Mitgliedsstaaten ist eine solche zahllose NATO ein Horrorszenario.

Zieht sich die NATO jetzt aus anderen Regionen zurück, um sich auf Afghanistan zu konzentrieren?

Nein, im Gegenteil. Mittlerweile sind zwar etwa 70.000 Soldaten in Afghanistan stationiert, obwohl es anfangs nur wenige Tausend waren. In letzter Zeit versucht die NATO aber auch, den Einfluss auf den Weltmeeren zu vergrößern. Die Piraterie vor Afrika wird meiner Meinung nach hochstilisiert, um die militärische Kontrolle der Meere zu legitimieren. Der UN-Sicherheitsrat hat mit der Resolution 1816 dieses Jahr beschlossen, die Souveränität Somalias in den Küstengewässern einzuschränken. Das kann als Präzedenzfall ein Türöffner für die NATO sein, um zukünftig

auch in anderen Küstenregionen mit ihrer Flotte vertreten zu sein. Dazu kommt, dass es Regionen gibt, bei denen die Eigentumsfrage ungeklärt ist und die in den nächsten Jahren international geklärt werden soll. Es geht dabei um Regionen wie die Arktis, die Antarktis, Nordatlantik und Südatlantik oder die Spratly-Inseln im südchinesischen Meer vor Indonesien.

Die NATO will mit „Kanonenbootpolitik“ die Meere kontrollieren

All diese Regionen sind ökonomisch interessant, entweder wegen der Handelswege oder der dort vorhandenen Rohstoffe oder beidem. Experten gehen deswegen von einer Renaissance der Kanonenbootpolitik aus - und die NATO ist vorne mit dabei, um zukünftig auch in anderen Küstenregionen mit ihrer Flotte vertreten zu sein. **★ Claudia Haydt ist Mitglied im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung. Das Interview führte Sarah Nagel**

NATO in Zahlen

600 Mrd.

Euro geben die NATO-Staaten pro Jahr für ihre sieben stärksten Armeen aus

150.000

Zivilisten sind laut Weltgesundheitsorganisation bis 2006 durch den Krieg in Irak ermordet worden

Platz 6

belegt Deutschland in der Rangliste der weltweit größten Militärausgaben. Auf Platz 7 steht Russland

7.075

deutsche Soldaten sind im Ausland stationiert. Davon etwa 3700 in Afghanistan und 290 zur Piratenjagd vor Somalia

NATO-Gipfel

Blockieren statt gratulieren - am 3. und 4. April 2009 feiert die NATO in Straßburg und Baden-Baden ihr 60. Jubiläum. Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner aus Frankreich,

Deutschland und weiteren Ländern organisieren Protest dagegen. Vom 1. bis 5. April werden Protestcamps, Demonstrationen, Blockaden und inhaltliche Veranstaltungen

stattfinden. Bereits jetzt beginnen Aktive Bustransporte zu organisieren **★ Mehr Info auf: www.no-to-nato.org und unter www.linke-sds.org**

Diese Zeit braucht diese Tageszeitung

Jetzt 3 Wochen gratis

Nazis unter Polizeischutz

TESTABO / ABO

Ja, ich teste die *junge Welt* für 3 Wochen kostenlos. Probeabo endet automatisch

Ja, ich abonniere die *junge Welt* für mindestens ein halbes Jahr

Frau Herr

Name/Vorname critica _____

Telefon _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich) _____

Ich bestelle das

Normalabo (mtl. 28,90 Euro),
 Solidaritätsabo (mtl. 37,10 Euro),
 Sozialabo (mtl. 22,10 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich bestelle zusätzlich das

Internetabo (zum vergünstigten Preis von mtl. 5,00 Euro).

Ich bezahle das Abo

monatlich (nur mit Bankeinzug),
 vierteljährlich (3 % Rabatt),
 halbjährlich (4 % Rabatt),
 jährlich (5 % Rabatt).

per Einzugsermächtigung Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber _____

Geldinstitut _____

Bankleitzahl _____

Kontonummer _____

Datum/Unterschrift _____

Als Dankeschön für ein reguläres Abo erhalte ich als Prämie:

Ignacio Ramonet
Fidel Castro. Mein Leben
 Rotbuch Verlag, September 2008, 800 Seiten

Ich verzichte auf eine Prämie

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin, oder faxen an: 0 30/53 63 55-44

Forschung für die Besatzung

Am Sonderforschungsbereich 700 der Freien Universität Berlin wird für den Krieg geforscht. Studierende wehren sich dagegen. Von **Ole Vincent Guinand**

Studierende befestigen ein Transparent an der Fassade des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin. „Wer sich einbettet, muss Federn lassen“ steht dort, auf einem anderen „Kriegsforschung stoppen“. Der Protest gilt dem Sonderforschungsbereich 700 und dessen Mitarbeitern. An den Bürotüren bringen die Studierenden blutrot bespritzte Kissen an.

Die dort engagierten Sozialwissenschaftler beschäftigen sich unter dem Namen „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit - Neue Formen des Regierens“ unter anderem damit, wie die Akzeptanz und Optimierung von Interventionskriegen und militärischen Besatzungen gesteigert werden kann und wie „ein Feld für politische Rekonstruktionsprozesse äußerlich zu sichern“ ist.

Die Forscher sind nicht objektiv, sie unterstützen Krieg

In einer Studie über Afghanistan untersuchten die Wissenschaftler etwa, wie die Akzeptanz der „internationalen Präsenz“ bei der Bevölkerung verbessert werden

kann, zum Beispiel ob die Entwicklungshilfe einen positiven Einfluss auf die Haltung der afghanischen Bevölkerung gegenüber den Besatzungstruppen hat.

Für die Politikstudentin Sarah Walz ist klar: „Mit solcher Auftragsforschung nehmen die Forscher aktiv Teil am Kriegsgeschehen und sind eben nicht nur die vermeintlich objektiven Beobachter.“ Die

Kolonien gelten als Motor des Fortschritts

Kritik von ihr und anderen Aktiven: Die Wissenschaftler beschäftigen sich nicht mehr mit den Ursachen und dem Verlauf eines Kriegs, sondern unterstützen Krieg mit ihrer Forschung.

Auf der Suche nach „neuen Formen des Regierens“ nehmen die Wissenschaftler am SFB 700 auch die Kolonialgeschichte - für sie „Laboratorien der europäischen Moderne“ - ins Visier.

Systematisch werden etwa die Erfahrungen kolonialer Eroberungen des deutschen Reiches erfasst, um pragmatisch danach zu suchen, wie überregional für Ruhe und Ordnung gesorgt werden kann. So kommt es auch, dass der „historische Typus des Warlords“ als „Verbindung unternehmerischer, politischer und militärischer

Logiken“ zur Herstellung von „Inseln der Stabilität“ als Beispiel genommen wird.

Der SFB 700 ist kein Einzelfall von Einbettung der Sozialwissenschaften in das Militär. An der Universität Potsdam, die wie die FU Berlin an dem Sonderforschungsbereich 700 beteiligt ist, begreift man den Studiengang Military Studies bereits als „angewandte streitkräftebezogene sozialwissenschaftliche Forschung“, um den „neuen Personalbedarf“ einer transformierten Bundeswehr mit globalem Aktionsradius decken zu können.

Durch parlamentarische Anfragen der Partei Die Linke wurde bekannt, dass aktuell mehr als 40 Hochschulen im Auftrag der Bundeswehr forschen. 1,1 Milliarden Euro gibt das Bundesverteidigungsministerium für die Entwicklung zukünftiger Rüstungstechnologien und für Grundlagenforschung aus. Der größte Teil dieser fließt dann als Drittmittel an die Hochschulen.

Warlords als Vorbild

Zeitgleich mit der Entstehung des SFB 700 wurde an der FU die Professur für Ideengeschichte am OSI abgeschafft. „Höchst problematisch“ findet Sarah Walz, dass mit der Streichung das ehemals kritische

Otto-Suhr-Institut zusehends zum „Politikberatungsthinktank“ im Bereich der Internationalen Beziehungen umgebaut wird: „Statt sich umfassend mit Geschichte auseinanderzusetzen und aus den Fehlern zu lernen, wird sie beim SFB 700 nur noch dazu benutzt, die Herrschaftsmechanismen zu optimieren“.

Ob die Hochschulleitung damit durch-

1,1 Milliarden für Rüstungsforschung

kommt, kritische Wissenschaft von den Lehrplänen zu tilgen, während gleichzeitig Rüstungsforschung aufgebaut wird, dürfte nicht zuletzt daran liegen, ob es den Studierenden gelingt, genügend Druck aufzubauen.

Sarah Walz hat gemeinsam mit anderen Aktiven schon einmal Thomas Risse, den Leiter des Sonderforschungsbereichs 700, in einem Federbett beerdigt. Die Papp-Puppe des eingebetteten Sozialwissenschaftlers liegt jetzt im Eingangsbereich des Otto-Suhr-Instituts - überdeckt mit weißen Federn zwischen blutrot bespritzten Kissen. ★

Ole Vincent Guinand ist aktiv in SDS / Die Linke.FU

Kampagne

An 40 Hochschulen und Instituten wird Forschung betrieben, die der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen hilft.

Öffentliche und zivile Einrichtungen unterstützen damit zum Beispiel den Krieg in Afghanistan. Die Linke.SDS will gemeinsam mit Bündnispartnern für verantwortungsvolle und friedliche Wissenschaft eintreten. Dafür könnt ihr recherchieren, ob es an eurer Hochschule kriegsrelevante Forschung gibt oder ob Projekte von Rüstungsunternehmen oder dem Verteidigungsministerium finanziert werden. Die Ergebnisse können veröffentlicht werden, und Aktionen können mehr Aufmerksamkeit schaffen. Eine Idee ist zum Beispiel, beteiligte Institute kurzfristig umzubenennen. Auch die Forderung einer „Friedensklausel“ in der Hochschulsatzung ist möglich - sie verbietet den Hochschulen, sich an Rüstungsforschung zu beteiligen. ★
Info: www.linke-sds.org



Du hast Stress im Job? Ärger mit dem Chef?

Students at Work ist das Beratungsangebot des Deutschen Gewerkschaftsbundes für erwerbstätige Studierende. Wir informieren Dich individuell und persönlich, wenn Du Probleme im Job oder Fragen zu Deinem Beschäftigungsverhältnis hast.

Sei es der Arbeitsvertrag, Anspruch auf Urlaub und Pausen während der Arbeit, Kündigung oder für Dich geltende Tarifbestimmungen. Wir helfen Dir schnell und kompetent weiter.

Weitere Infos bekommst Du unter www.studentsatwork.org



Natürlich mit Unterstützung der IG Metall-Jugend Berlin-Brandenburg-Sachsen

www.jugend.igmetall.de



Geburtstagsaktion

Befristet bis zum 31. Januar 2009



„Marx ist tot – Jesus lebt!“ Dieser blöde Spruch und der dazugehörige Sprücheklopfer (Genau! Das war derselbe, der versprochen hatte, die Renten seien sicher.) sind Schnee von gestern! Beide!

Heute ist Marx wieder „in Mode“. Wichtiger ist: Marx wird von Studierenden neu gelesen. Noch wichtiger wäre: Marx würde auch Arbeitende, Erwerblose und ihre Organisationen wieder erreichen. Denn die Aktualität seiner Kapitalismuskritik und Zukunftsvision wird mit jeder Krisenmeldung neu belegt. Das Lebenswerk von Marx, Engels, Lenin u. a. ist für uns Werkzeug, Methode, Anleitung zum Erkennen und Verändern der Welt in der wir leben. Seit 45 Jahren. Im November 1963 – noch mitten im Kalten Krieg – erschien die erste Ausgabe unserer Zeitschrift „Marxistische Blätter“. Darum unsere „Geburtstagsaktion 45“.

1. Wer die Marxistischen Blätter für mindestens zwölf Ausgaben (**2 Jahre**) zum Normalpreis (45 Euro/Jahr) abonniert, bekommt für's erste Jahr **45 % Rabatt**.

2. Wer eine/n neue/n Abonnentin/en für mindestens zwölf Ausgaben (**2 Jahre**) wirbt, bekommt einen **Büchergutschein** im Wert von 45 €.

3. Wer Einzelhefte aus den letzten 4,5 Jahren (siehe www.marxistische-blaetter.de) bestellt, bekommt jedes Heft für nur 4,50 €.

4. Wer es sich leisten kann, uns eine Geburtstags-spende von **4,50 €, 45 €, 450 € oder 4500 €** ... zu machen, hier unsere Konto-Nummer: Neue Impulse Verlag, Konto 33709-432, Postbank Essen BLZ 360 100 43 oder für alle, die eine **Spendenquittung** brauchen: DKP-Recklinghausen, Sparkasse Vest, Konto 33712, BLZ 42650150 Stichwort MB-Spende

Ja, ich will „Marxistische Blätter“ neu lesen.

Ja, schick mir bitte die Liste lieferbarer Hefte zu.

Ja, ich abonniere die Zeitschrift für mindestens zwölf Ausgaben (**2 Jahre**) zum Normalpreis (45,- Euro) mit Geburtstagsrabatt von 45 %

Name, Vorname _____

Straße, Haus-Nr. _____

PLZ, Ort _____

Alter _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschr. _____

* Das Abo verlängert sich um weitere 6 Ausgaben, wenn es nicht bis 6 Wochen vor Beendigung des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wurde.

Neue Impulse Verlag, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen

Tel.: 0201-2486482 • Fax: 0201-2486484 • E-Mail: NeueImpulse@aol.com

www.marxistische-blaetter.de

Bildungstreik kommt

Der Schülerstreik am 12. November übertraf alle Erwartungen. Nächstes Jahr könnte eine gemeinsame Bildungsbewegung von Studierenden und Schülern entstehen



Schülerinnen und Schüler stürmen die Humboldt Universität in Berlin während des Schulstreiks. Im nächsten Jahr könnten Studierende und Schüler gemeinsam protestieren

Als die Organisatoren des Schülerstreiks am Abend des 12. November die Teilnehmerzahlen zusammenzählten, trauten sie kaum ihren Augen: 8000 in Berlin und Hamburg, 10.000 in Braunschweig, 7000 in Bremen. Insgesamt 100.000 Schüler bestreikten am 12. November ihren Unterricht für eine bessere Ausstattung der Schulen, kleinere Klassen, mehr Lehrer und anderes.

„Wir sind hier und wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut“, schallte es in etwa 40 Städten durch die Straßen von Kiel bis München und von Aachen bis Dresden. Dass so viele Schüler streikten, ist auch deshalb beachtlich, weil mehrere Landesregierungen am Vortag erklärten, der Streik sei verboten und die Schüler würden Verweise bekommen. In Rostock und Kassel wurden Schüler im Gebäude eingeschlossen. Münchener Schulen verlegten gezielt Klausuren auf den Tag des Streiks. Trotzdem demonstrierten in der bayerischen Hauptstadt 4000 im strömenden Regen. Wenige Tage nach dem Schülerstreik

treffen sich in Berlin Aktive von einem halben Dutzend Hochschulen in einem kleinen Café in Berlin. Bei einer Konferenz des „Heidelberger Forum für kritische Theorie und Wissenschaft“ haben sie Anfang November diskutiert, wie Studierende an den Hochschulen wieder in die Offensive

Studierende wollen sich jetzt mit den streikenden Schülern vernetzen

kommen können. In Berlin sollen die Ideen konkretisiert werden. Die Proteste der Schülerinnen und Schüler – für sie Inspiration für Aktionen an den Universitäten. Eine Projektgruppe „Bildungstreik 2009“ wird gegründet. Ziel: im Frühjahr 2009 eine bundesweite Aktionswoche, koordiniert mit den Aktionen der Schülerinnen und Schüler. Die nächsten Schritte: Kontakt mit Schülerinnen und Schülern aufnehmen; ein breites Bündnis soll gegründet werden. Das Timing ist pikant: Ende Mai könnte ein gemeinsamer Bildungstreik von Schülern und Studierenden in die Zeit erhöhter

Politisierung vor den Bundestagswahlen fallen. Schüler, Schülerinnen und Studierende könnten die Auseinandersetzung um die zukünftige Bildungspolitik so nicht den Parteien im Bundestagswahlkampf überlassen, sondern mit eigenen Forderungen, klassischen Protestformen und durch zivilen Ungehorsam intervenieren. Michael Kolain, einer der Initiatoren der Projektgruppe Bildungstreik, meint, im Vorfeld der Bundestagswahlen könnte so „konkrete Aushandlungsmacht entfaltet werden, um alternative Bildungspolitik zu fordern und durchzusetzen“. Denn insgesamt ist die hochschulpolitische Linke weiterhin in der Defensive. Studiengebührenboykotte scheitern regelmäßig. Zu hoch ist der Druck auf die einzelnen Studierenden, die sich den Drohungen der

Bildungstreik kann Aushandlungsmacht vor den Bundestagswahlen entfalten

Universitätsleitungen gegenüber sehen, zwangsexmatrikuliert zu werden. Doch der

Unmut über die Änderungen im Rahmen der Umsetzung des Bologna-Prozesses und der Erhebung und Verwendung von Studiengebühren wächst stetig. Michael Kolain meint: „Mit dem Bildungstreik gibt es jetzt die Chance, lokale Aktionen wirkungsvoll zusammenzuführen – wie es den Schüle-

Es könnte der Beginn sein, Studiengebühren auch anderswo abzuschaffen

rinnen und Schülern am 12. November gelungen ist.“ Dass Erfolg möglich ist, zeigt Hessen. Dort konnte die Studierendenbewegung einen so starken Druck aufbauen, dass Studiengebühren ein Jahr nach Einführung wieder abgeschafft wurden. Der Druck der Studierenden führte dazu, dass selbst SPD und Grüne, die in anderen Ländern Studiengebühren oder Studienkonten mittragen, die Landtagswahlen zu einer Abstimmung über Studiengebühren gemacht haben. Ein Bildungstreik in der hochpolitisierten Zeit vor den Bundestags-

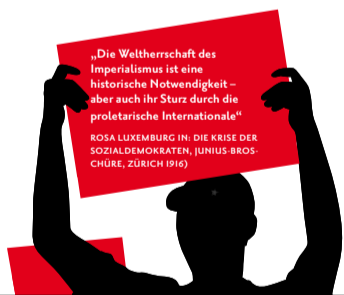
wahlen, so hoffen die Initiatoren, könnte der Beginn sein, den Hessen-Effekt endlich auch in anderen Bundesländern zu wiederholen.

Dass eine gemeinsame Bildungsbewegung von Schülern und Studierenden möglich ist, zeigte die Demonstration in Dresden. Hier streikten zwar nur einige hundert Schüler. Doch Studierende und Schüler haben sich bereits vernetzt. Die Demonstration für ein besseres Sächsisches Hochschulgesetz fand am selben Tag statt und so demonstrierten die Schüler gemeinsam mit 6000 Studierenden bis vor die Türen des Landtages. ★ Hans Krause und Jonas Rest sind aktiv in Die Linke.SDS in Berlin.

Info

★ Die Projektgruppe „Bildungstreik 2009“ lädt zu einem Projekttreffen am 13.-14. 12. voraussichtlich in Kassel ein. Info unter: www.bildungstreik2009.de

★ Ebenfalls in Kassel findet am 13.12. ein bundesweites Treffen des Schülerstreiks statt: www.schulaction.org



REFERATE AB 11.00 UHR
Internationalismus und Gegenmacht heute
13.30 bis 15.00 Uhr: Kein Frieden mit der NATO (Treffen von Jugendverbänden)
AB 18.00 UHR: PODIUMSDISKUSSION
Europäische Union – Das nette Imperium von nebenan
• Der Charakter der EU in Sachen Demokratie- und Sozialabbau, Krieg und Frieden – wie kann eine effektive internationale Gegenwehr der Linkskräfte aussehen?
AB 20.00 UHR: KONZERT IM HUMBOLDT-SAAL mit VINCENTE FELIU (Kuba, Vertreter des Nueva Trova)
AB 22.00 UHR: FETE IM LOFT mit COOLBREEZE (Aposkalypto aus Berlin) und Überraschungsgästen
Konferenzsprachen: Englisch, Französisch, Spanisch, Deutsch (es wird simultan übersetzt)



Marx hat Recht

Im Kapitalismus geht es nur sehr selten um die Menschen und ihre Bedürfnisse. Meist geht es um die Profite der Kapitalisten. Die ununterbrochene Profitmaximierung ist der kapitalistische Zweck, argumentiert Karl Marx: „Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos.“ Karl Marx (* 1818 – 1883) Analyse des Kapitalismus ist noch heute aktuell, wie unser Folder belegt.

Zu bestellen unter: versand@linksfraktion.de

Weitere Informationen unter www.linksfraktion.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G